

Erklärung der FWG-BBL zur Resolution „Trierer Erklärung“

Die FWG-BBL wird sich nicht an der Abstimmung zu diesem und dem nächsten TOP beteiligen. Wir enthalten uns nicht, wir werden nicht mit abstimmen.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Kein Grund ist allerdings, wie insbesondere die SPD mit ihrem „Vordenker“ nun wieder behaupten wird, weil wir rechtsradikal oder auch nur rechts sind. Die FWG/BBL ist eine parteiunabhängige, demokratische und ausschließlich kommunalpolitische Vereinigung für Lage. Zu den Problemen des Kreises, des Landes und des Staates haben wir und werden wir in Zukunft nicht Stellung nehmen. Diesen Grundsatz behalten wir bei.

Die Resolution des Deutschen Städtetages ist auf Bundesebene sicherlich richtig und nachvollziehbar. Dort würde unsere Fraktion, wäre sie dort vertreten, sie auch mittragen. Denn die offenbar geforderte Remigration lehnen auch wir ab.

Der Meinung, dass Personen wie Höcke, Chrupalla, Krah und andere führende Köpfe der AfD außerhalb hinnehmbarer demokratischer Ansichten stehen, können wir uns ebenfalls anschließen. Deshalb mag es auf Bundesebene auch angemessen sein, eine solche Resolution zu verabschieden. Auf Landesebene hat sich aber nicht einmal unser Dachverband, der Städte- und Gemeindebund NRW, öffentlich zur „Trierer Erklärung“ bekannt. Denn genau wie der Deutsche Städtetag und mit ihm alle ihm angehörenden Städte automatisch die Resolution unterstützen, hätte Lage als Mitglied des Städte- und Gemeindebundes die Resolution, wenn auch indirekt, bereits mitgetragen, wenn der Städte- und Gemeindebund NRW sich öffentlich dazu erklären würde.

Die Einschätzung zu den Führungspersonen der AfD und das Verhalten der radikalen Mitglieder darf aber nicht dazu führen, dass pauschal auch alle Sympathisanten der AfD oder andere Personen so eingeschätzt werden. Die der Resolution inwohnende Pauschalierung auf alle Sympathisanten der AfD ist u.E. der falsche Weg der Auseinandersetzung. Alle über einen Kamm zu scheren wird dazu führen, dass Protestwähler nicht zurückgewonnen werden können. Demokratie lebt u.a. davon, nicht schematisch zu argumentieren, sondern sich mit dem Einzelnen und seiner Meinung auseinanderzusetzen.

Und um es deutlich zu sagen: „Wir sind mit Sicherheit keine Wähler von AFD, WerteUnion, BSW oder der Linken.“ Aber wir hinterfragen Vieles kritisch und kommen aufgrund unserer politischen Grundwerte anscheinend zu anderen Ergebnissen, als andere Parteien im Rat der Stadt Lage. Wir sehen pauschale Darstellungen einschließlich – insoweit müssen wir hier ausnahmsweise einmal eine bundespolitische Meinung äußern – einen Verbotsantrag als falschen Weg an. Nach einem Verbot kommt nur die nächste Partei mit gleichen inhaltlichen Zielen. Erforderlich ist die konsequente ideologische Auseinandersetzung mit

jedem Einzelnen. Dazu bedarf u.a. einer guten, die Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellenden Politik. Nur dadurch wird es möglich sein, die vielen Protestwähler wieder an die „etablierten Parteien“ zu binden. Das gilt nicht nur für die Wähler/Sympathisanten der AfD, vielmehr auch für die der weiteren „Abspaltungen“, die sich mit Forderungen wie „Raus aus der NATO“ und „Raus aus der EU“, weit von den Grundsätzen unseres Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland entfernen.

Wir sind sicher, dass weder Verbote noch Demonstrationen noch Apelle wirken. Erfolgversprechend ist nur Überzeugungsarbeit, Überzeugungsarbeit und noch einmal Überzeugungsarbeit.

Bedenkt man, dass die Erklärung aus Januar stammt, muss man sich ggf. den Vorwurf gefallen lassen, noch auf einen bereits abgefahrenen Zug aufzuspringen zu wollen. Wir regen deshalb an, beide TOPs abzusetzen.